

Bündnis für Altenpflege c/o DVLAB e.V. • Bahnhofsallee 16, 31134 Hildesheim

Niedersächsische Ministerin für
Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Frau Dr. Carola Reimann
SPD Fraktion
Hannah-Arendt-Platz 2

30159 Hannover

Hildesheim, 13.02.2019

Zwangsmitgliedschaft in der Pflegekammer Niedersachsen

Sehr geehrte Frau Ministerin,

mit großer Verärgerung möchten wir, die Sektion der Fach- und Berufsverbände im Bündnis für Altenpflege, noch einmal klar Position zur Pflegekammer Niedersachsen beziehen.

Die von 48.235 Unterstützenden gezeichnete Petition (Stand 11.02.2019) zur Abschaffung der vom niedersächsischen Landtag beschlossenen Pflegekammer sowie die ebenfalls gegen diese gerichtete Demonstrationen, zuletzt am 02.02.2019 mit 3.500 Pflegenden bei widrigstem Wetter in Hannover, sollten Ihnen verdeutlichen: Diese Kammer wird nicht gewollt. Die große Anzahl der Pflegenden hat das Gefühl, dass ihnen diese Pflegekammer übergestülpt wurde, ohne dass sich jemand dagegen wirksam hätte wehren können. Genauso ergeht es auch uns als Fach- und Berufsverbänden. Zu keinem Zeitpunkt hat es bei allem Für und Wider rund um eine Pflegekammer in Niedersachsen einen fachlichen Diskurs gegeben, bei dem man den Eindruck gewinnen konnte, hier würde ergebnisoffen diskutiert werden.

Die Pflegenden selbst haben jetzt durch ihre Demonstrationen und die Petition verdeutlicht, dass die Pflegekammer gegen ihren Willen errichtet wurde und die Zwangsmitgliedschaft keinerlei Akzeptanz findet.

Sie wissen selbst sehr genau, dass eine tatsächliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Pflegenden wesentlich von einer besseren Personalausstattung abhängt – die Pflegekammer hierauf aber keinerlei Einfluss hat! Auch Fragen der Vergütung kann die Kammer in keiner Form beeinflussen, denn das Aushandeln von Tarifverträgen ist eindeutig Aufgabe der Tarifpartner!

Darüber hinaus erschließt sich nicht der Sinn und Zweck für eine Weiterbildungsordnung mit Zwangsverpflichtung für Fort- und Weiterbildungen, wie die Kammer sie plant. Auch das wissen Sie sicher: Statt statischer Vorgaben benötigt die Pflege anlass- und institutionsbezogene, auf das Tätigkeitsfeld zugeschnittene spezifische Lösungen. Diese werden aktuell bereits realisiert und sind die nötige Grundlage dafür, angemessen auf zukünftige Bedarfe reagieren zu können.

Für die Pflegenden stellt die Kammer daher lediglich eine weitere überbordende monströse Bürokratie dar. 2.090.289 Millionen Euro kalkulierte Personalkosten für Mitarbeitende der Pflegekammer in 2018 sind hierfür ein Beleg. Die Kammer steht nicht für eine Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufes, sondern für Zwang und für weniger Nettolohn am Monatsende!

Wir haben schon vor der Umsetzung der Pflegekammer deutlich darauf hingewiesen – und wir tun dies heute wieder –, dass die Pflegenden, anders als Sie das als Ministerin offensichtlich wahrnehmen, bereits über eine Vielzahl an Verbänden vertreten werden. Hierfür wird keine Kammer benötigt.

Als Berufs- und Fachverbände unterstützen wir deshalb die Forderung der Pflegenden nach der sofortigen Aufhebung der Zwangsmitgliedschaft vollumfänglich. Sofern Sie weiterhin an der Pflegekammer Niedersachsen festhalten wollen, empfehlen wir das bayerische Modell: Die „Vereinigung der Pflegenden in Bayern“ ist ebenfalls eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, kommt aber ohne Zwangsmitgliedschaft aus und ist zudem beitragsfrei.

Wir möchten Ihnen daher dringend nahelegen: Diskutieren Sie *jetzt* das Thema Pflegekammer neu und bitte glaubwürdig, statt mit langem Atem 2020 Evaluationsergebnisse abzuwarten. Auch diese werden am Grundproblem nichts ändern. Zudem brauchen die Pflegenden schnell das klare Signal, dass sich sofort etwas an ihrer Arbeitssituation hin zum Positiven verändert. Mindestens die Zwangsmitgliedschaft ist sofort vollumfänglich aufzugeben.

Wenn Sie zumindest die Zwangsmitgliedschaft nicht aufgeben, die Pflegekammer in der jetzigen Form also bestehen bliebe, so wird sich bei den Pflegenden und in der Fachöffentlichkeit der Eindruck verfestigen, dass es ohnehin sinnlos ist, sich politisch bzw. bürgerschaftlich mit sachlichen Argumenten zu engagieren. Dies ließe die Politikverdrossenheit wachsen und würde die politischen Ränder bei den nächsten Wahlen weiter stärken. Das kann nicht in Ihrem Sinne als Ministerin und – auch von den Pflegenden – gewählte Abgeordnete sein.

Wir erwarten von Ihnen nun konkrete Schritte im Sinne der Petition. Gern stehen wir Ihnen dabei als Fach- und Berufsverbände unterstützend und beratend zur Seite.

Mit freundlichen Grüßen



Peter Dürrmann

Sektion der Fach- und Berufsverbände im Bündnis für Altenpflege

Arbeitskreis Ausbildungsstätten Altenpflege (AAA), Deutschen Akademie für Gerontopsychiatrie und -psychotherapie e.V. (DAGPP),
Deutscher Berufsverband für Altenpflege e.V. (DBVA), Deutsche Gesellschaft für Gerontopsychiatrie und -psychotherapie e.V. (DGGP),
Deutscher Verband der Leitungskräfte der Alten- und Behindertenhilfe e.V. (DVAB)